

## Standen die sowjetischen Juden im Jahre 1953 vor einer Deportation?

Samson Madievski\*

Im Jahre 1998 fand an der katholischen Universität Eichstätt ein Symposium zum Thema „Der späte Stalinismus und die jüdische Frage“ statt. Fachleute aus Rußland, Israel, Deutschland, Tschechien, Polen und Ungarn nahmen daran teil. Organisiert wurde das Symposium vom Institut für Mittel- und Osteuropaforschung und vom Lehrstuhl für Zeitgeschichte der katholischen Universität Eichstätt. Von russischer Seite nahmen *Gennadij Vasiljevitsch Kostyrtschenko* (Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften) und der Historiker *Vladimir Pavlovitsch Naumov* (Sekretär der Kommission zur Rehabilitation der Opfer der politischen Repressalien beim Präsidenten der Russischen Föderation) teil. Ihr „Versions-Duell“ wurde zum zentralen Ereignis des Symposions.

### *Derzeitiger Wissensstand*

Seit Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts die kommunistische Ideologie verblaßt war und Stalin seine persönliche Macht konsolidiert hatte, stützte sich der Diktator mehr und mehr auf den großrussischen Nationalismus. Ein traditioneller Bestandteil dieses Nationalismus war der Antisemitismus. Stalin war der Antisemitismus von Jugend an vertraut. Aber die innen- und außenpolitische Lage der UdSSR, insbesondere die ideologische und politische Konfrontation mit dem deutschen Nationalsozialismus, schloß damals die offene Bekundung von Antisemitismus aus. Dies galt um so mehr für 1941 bis 1945, als die Sowjetunion gemeinsam mit den westlichen Demokratien gegen Hitler-Deutschland kämpfte, obwohl die Verdrängung von Juden aus vielen leitenden Positionen schon in die Kriegszeit fiel.

Nach 1945, in der Atmosphäre zunehmender Konfrontation mit dem Westen („Kalter Krieg“) und Verhärtung des innenpolitischen Regimes in der UdSSR, verstärkte sich die Diskriminierung und die Verfolgungen der Juden von Jahr zu Jahr. 1949 breitete sich erstmals ein vages, aber unheilverkündendes Gerücht aus, daß in der UdSSR die Deportation der Juden vorbereitet werde.

\* Dr. Samson Madievski, geb. 1931 in der ehemaligen UdSSR, lebt seit 1996 in Aachen. Der Historiker ist Autor und Mitautor von Werken zur Geschichte von Rumänien und Moldawien sowie über die Methodologie der Geschichtswissenschaft. Er befaßt sich mit der Geschichte der Juden im imperialen Rußland, in der UdSSR und in Deutschland.

Das war kurz nach der Zerschlagung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (EAK/JAK), nach den Massenverhaftungen von Repräsentanten der jüdischen Intelligenz und der Kampagne gegen die „Kosmopoliten“.

Seitdem sind im Westen, und ab 1990 auch in Rußland, eine Reihe von Publikationen zu diesem Thema erschienen. Die meisten betrachten die Deportation der Juden in entlegene Bereiche Sibiriens und des Fernen Ostens als eine geplante, sorgfältig vorbereitete Aktion, deren Durchführung lediglich durch den plötzlichen Tod Stalins vereitelt wurde. Am eingehendsten beschrieben wird diese Version von dem Journalisten *Zinovij Schejnis*,<sup>1</sup> vom Juristen *Jakov Ajsenstat*<sup>2</sup> sowie von dem Publizisten *Fedor Ljass*.<sup>3</sup>

### ***Staatliche Pläne ab 1950***

Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre war auf höchster Ebene der Beschluß gefaßt worden, die sowjetischen Juden zu deportieren. Zur Vorbereitung der Deportation war eine Kommission eingesetzt worden, die Stalin persönlich unterstellt war. Zur Unterbringung der Juden in Birobidschan (vgl. S. 23-28 i. d. H.) und anderen Orten wurden in aller Eile Barackenanlagen errichtet und dafür geeignete Gebiete zu geheimen Sperrzonen erklärt. Da die Operation in zwei Etappen durchgeführt werden sollte, wurden gleichzeitig zwei Verzeichnisse von Personen jüdischer Herkunft erstellt: eine Liste der ‚reinblütigen‘ Juden und eine der ‚Halbjuden‘. Für die Durchführung der Deportation wurde die zweite Februarhälfte 1953 festgelegt, dann aber, da sich die Erstellung der Listen verzögerte, auf die zweite Märzhälfte verschoben. Die Verhandlung gegen die „Schädlingsärzte“ war von Stalin auf den 5. bis 7. März festgesetzt worden, deren öffentliche Hinrichtung auf den 11./12. März. Tausende von Kundgebungen sollten die Bestrafung aller Helfershelfer der „Mörder im weißen Kittel“ fordern. Die antisemitische Hysterie sollte auf ihrem Höhepunkt in „spontanen Pogromen“ zum Ausdruck kommen. Zu diesem Zeitpunkt, so hatte Stalin es vorgesehen, sollte ein an ihn adressierter Brief veröffentlicht werden, in dem die prominentesten sowjetischen Juden die „Mörderärzte“

1) Zinovij Schejnis, *Die Deportation drohte*, Moskau 1991; ders., *Die Provokation des Jahrhunderts*, Moskau 1994.

2) Jakov Ajsenstat, *Die Vorbereitung des Völkermords an den sowjetischen Juden durch Stalin*, Jerusalem 1994.

3) Fedor Ljass, *Der letzte politische Prozeß Stalins oder der Völkermord, der nicht stattfand*, Jerusalem 1995.

als menschliche Ungeheuer verurteilten und ihn baten, die Juden in entlegene Gebiete des Landes umzusiedeln, um sie vor gewaltsamen Übergriffen seitens ihrer Nachbarschaft zu schützen. Der Verteidigungsminister *Nikolai A. Bulganin* erhielt von Stalin den Befehl, einige hundert Züge in Moskau, bei Taschkent und in vielen anderen Gebieten bereitzustellen. Entsprechend dem von Stalin autorisierten Szenario sollte nicht mehr als die Hälfte der Verbannten ihren Bestimmungsort erreichen. Unterwegs sollten von seiten der sogenannten „Volksrächer“ Unglücksfälle organisiert werden.

Auch eine theoretische Begründung der geplanten Aktion im Sinne des Marxismus war vorgesehen. Stalin beauftragte den Chefredakteur der Zeitschrift *Fragen der Philosophie*, Dimitrii I. Tschesnokov, eine entsprechende „wissenschaftliche“ Arbeit vorzubereiten. Anfang Februar 1953 lag das Buch mit dem Titel *Warum die Juden aus den Industriegebieten des Landes ausgewiesen werden müssen* vor. Mit Stalins Imprimatur wurde es vom Verlag des Innenministeriums in großer Auflage gedruckt und in den Speichern des Ministeriums für Staatssicherheit gelagert. Am Tag „X“ sollte es im Eilverfahren verteilt werden. Rezensionen für Zeitungen, Radio und Fernsehen lagen bereit.

Diese Darstellung basiert auf Aussagen Poljakovs, die kurz vor seinem Tod von zwei Zeugen niedergeschrieben wurden,<sup>4</sup> auf Äußerungen Bulganins in einem Gespräch mit dem Historiker Jakov J. Etinger,<sup>5</sup> auf einem Gespräch von Ilja Ehrenburg mit Nikita S. Chruschtschow, dem Stalin angeblich über die bevorstehende Deportation erzählt hatte,<sup>6</sup> sowie auf Mitteilungen über die Vorbereitung des Buches von Tschesnokov, die von Schejnis und Borev ohne Quellenangabe zitiert werden.

Die Version wirft viele Fragen auf: Wo kann man die Aussagen Poljakovs einsehen? Falls Chruschtschow dem Schriftsteller Ilja Ehrenburg von einer bevorstehenden Deportation erzählt hat, warum erwähnt er sie dann nicht in seinen *Erinnerungen* (New York, 1979), in denen wiederholt von Stalins Antisemitismus die Rede ist? Falls eine Deportationskommission existiert hat, müsste sie dokumentiert sein. Wieso ist kein einziges Exemplar des Buches von Tschesnokov erhalten geblieben? Auch wenn die gesamte Auflage vernichtet worden wäre, es wären doch Zeugen geblieben: Setzer, Drucker, Redakteure.

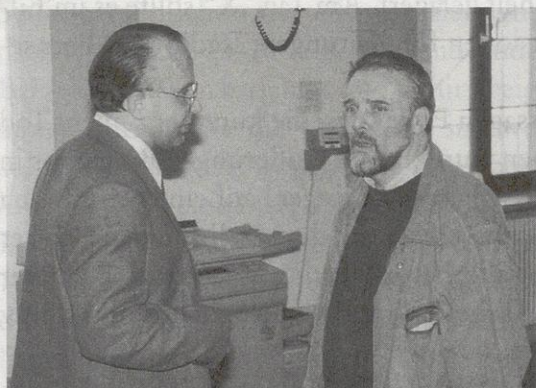
4) Vgl. Z. Schejnis, *Die Provokation des Jahrhunderts*, Moskau 1994.

5) Jakov J. Etinger, *Ärzteprozeß: 40 Jahre später*. Novoe vremia 1993, 47–49.

6) Vgl. Jurii Borev, *Staliniada*, Moskau 1990.

## Kostyrtschenkos Argumente

Im Jahre 1994 erschien in Moskau der Bericht des russischen Historikers G. Kostyrtschenko *Gefangen beim roten Pharao. Politische Verfolgung der Juden in der UdSSR im letzten Jahrzehnt Stalins. Dokumentarische Untersuchung*. Im Unterschied zu früheren Berichten hat Kostyrtschenko reichhaltiges dokumentarisches Material aus streng geheimen Archiven des ZK der KPdSU und des Staatssicherheitsdienstes herangezogen. Dieses Material befindet sich jetzt im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der Geschichte der Neuesten Zeit, im Staatlichen Archiv der Russischen Föderation, im Zentralarchiv des Föderalen Spionageabwehrdienstes und im Präsidialarchiv. Für die Vorbereitung einer Deportation der sowjetischen Juden hat Kostyrtschenko keine Beweise gefunden. Er argumentiert, wenn offizielle Dokumente existieren, wären sie inzwischen aufgetaucht. Er hat die These daraufhin als Hypothese bewertet, die erst durch künftige Forschungen erhärtet oder widerlegt werden könne.



Gennadij Kostyrtschenko (l.) und der ungarische Schriftsteller György Dalos.

Foto: Katholische Universität Eichstätt, Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien (ZIMOS).

Auch Funktionäre wie *Lasar M. Kaganovitsch* und *Pavel A. Sudoplatov*, die mit den Geheimnissen der Stalinschen Politiküche besonders vertraut waren, erklären, daß sie von einem derartigen Plan nichts gehört hätten. Kaganovitsch, der die Greueltaten Stalins übergeht, bestreitet oder verteidigt, behauptet: „In meiner Gegenwart wurde über dieses Thema nicht gesprochen.“<sup>7</sup> Im Falle von Sudoplatov, der 1951-53 Leiter des gegen den „äußeren Feind“ gerichteten Spezialbüros für Abwehr und Diversion im Ministerium für Staatssicherheit war, kann es sein, daß er von einer Aktion,

7) F. Tschujew, *So sprach Kaganovitsch. Das Selbstbekenntnis eines Stalinschen Apostels*. Moskau 1992, Seiten 41, 64, 175.

die auf höchster Ebene gegen den „inneren Feind“ geplant wurde, nichts gehört hatte. Nach *Anastas I. Mikojan* war eine „freiwillige Zwangsexilierung der Juden“ aus Moskau vorbereitet.<sup>8</sup>

Noch weniger überzeugen die weiteren Argumente Kostyrtschenkos: Eine von oben ausgehende Anweisung habe gar nicht ausgereicht, die Deportation durchzuführen. Zuvor hätte die bestehende Gesetzgebung geändert werden müssen, um den Antisemitismus zu legalisieren, wie das in den Jahren 1933-1941 in Nazideutschland geschehen war. Auch die offizielle Ideologie hätte geändert werden müssen, welche „im Gegensatz zur tatsächlichen chauvinistischen Unterdrückung im Stalinismus die Romantik des bolschewistischen Internationalismus bewahrte und welcher nationale Diskriminierung und erst recht Rassismus fremd waren“. Um so tiefgehende und weitreichende Änderungen vorzunehmen, wäre Zeit nötig gewesen, die Stalin aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestanden habe. Hinzu komme, daß „praktisch alle seine engeren Kampfgefährten die judophoben Züge des Führers mit wachsender Spannung beobachteten, da sie nicht ohne Grund fürchteten, selbst letzten Endes zu den Opfern dieser Manöver zu gehören“.

### ***Stellungnahme zu Kostyrtschenkos Position***

Der Scheininternationalismus der kommunistischen Ideologie verhinderte nicht, daß vierzehn sowjetische Völker deportiert wurden – ohne Veränderung der Gesetzgebung. Die Deportationen wurden politisch „motiviert“. Es besteht kein Zweifel, daß auch für die Deportation der sowjetischen Juden „schwerwiegende“ Gründe gefunden worden wären. Was die psychologische Vorbereitung einer groß angelegten Aktion gegen die Juden betrifft, so fand sie spätestens seit 1949 statt (als Kampagne gegen die „Kosmopoliten“). Die Hysterie, die im Zusammenhang mit dem „Ärzteprozeß“ von der Propaganda entfesselt worden war, führte nach Ansicht Kostyrtschenkos zum „Ausbruch eines plebejischen Antisemitismus“, in dem Aggressivität und der Wunsch, mit den „Mördern im weißen Kittel“ abzurechnen, mit panischer Todesangst vor ihnen verschmolzen. Damit war das Volk psychologisch für eine breite Akzeptanz aller Strafmaßnahmen gegen die Juden vorbereitet.

Kostyrtschenko nimmt allerdings an, daß die mißbilligende Haltung seiner näheren Umgebung und die heftige Reaktion des Westens auf den „Ärzte-

8) Anastas I. Mikojan, *So war es. Nachdenken über das Vergangene*. Moskau 1999, 535-536.

prozeß“ Stalin zwingen, einzusehen, daß er „das Land in eine ideologische und politische Sackgasse führte“, und nach einem Ausweg aus der Situation zu suchen. Anzeichen dafür sieht Kostyrttschenko in der Reduzierung der Propagandakampagne rund um den „Ärzteprozeß“ nach dem 20. Februar 1953 und in der Abfassung eines im Namen der bekanntesten sowjetischen Juden an Stalin gerichteten Briefes, den die Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK vorbereitete. Dieser Brief, der erstmals in der Zeitschrift *Vestnik* (Moskau 1997, Nr. 1) veröffentlicht wurde, enthält *keine Bitte um eine Umsiedlung der Juden*.

Im Brief heißt es: „Wenn sich die Feinde auch bemühen, bei den Juden das Bewußtsein ihrer hohen gesellschaftlichen Pflicht als Sowjetbürger zu verdrängen ... sowie die Juden Rußlands in Spione und Feinde des russischen Volkes zu verwandeln und dadurch den Grund für die Belebung des Antisemitismus, dieses schrecklichen Überbleibels der Vergangenheit zu legen, ... versteht doch das russische Volk, daß die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung der UdSSR dem russischen Volk freundlich gesonnen ist.“ Der Brief schließt unerwartet mit der Bitte, die Herausgabe einer Zeitung „für breite Schichten der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR und im Ausland“ zu genehmigen. Außerdem werden in dem gleichen Brief alle offiziellen Feinde scharf getadelt: die „Mörderärzte“, der amerikanische Imperialismus, der internationale Zionismus und der Staat Israel, zu dem die UdSSR die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatte. Dennoch muß man Kostyrttschenko in diesem Punkt zustimmen: Die oben angeführten Sätze unterscheiden sich in Inhalt und Ton von der vorangehenden Propaganda. Auch paßt der Text nicht zu einer bevorstehenden Deportation.

Die Schlußfolgerung Kostyrttschenkos lautet: In den Jahren 1949-53 entstand „in den jüdischen Kreisen ein tragisches Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, das durch eine Atmosphäre des wachsenden Antisemitismus hervorgerufen wurde. Dieses Gefühl wurde in gewissem Maße auch durch die traditionelle jüdische Mentalität begünstigt, die von der tausendjährigen Erfahrung der Verfolgung, der ständigen Erwartung einer nationalen Katastrophe geprägt war. Auch neuere Erinnerungen trugen dazu bei, Erinnerungen an die Vertreibung ganzer Völker, die während des Krieges der Zusammenarbeit mit dem Feind bezichtigt worden waren.“ Es ist nicht verwunderlich, daß „das bange Bewußtsein der jüdischen Bevölkerung von den finstersten Vorahnungen durchdrungen war“, bis hin zur Erwartung einer ausnahmslosen Verbannung nach Sibirien. Dennoch nimmt der Autor an, daß die Obrigkeit damals keine Pläne dieser Art hegte.

## Naumovs These

Vladimir P. Naumov widerspricht Kostyrtschenko vor allem in Hinblick auf dessen Hauptargument, daß es keine Dokumente gäbe, die die Vorbereitung einer Deportation belegen. Bis heute stehen uns derartige Dokumente tatsächlich nicht zur Verfügung, aber sie können noch auftauchen. Bislang wurden weder die Bestände des Präsidialarchivs noch die Dokumente des ehemaligen KGB vollständig überprüft. Und selbst wenn man keine solchen Dokumente findet, heißt das nicht, daß es sie nicht gegeben hat; sie können auch vernichtet worden sein. Es wird ausdrücklich bezeugt, daß im Herbst 1954 viele Dokumente aus den Archiven des ZK und MK (Moskauer Komitee), der KPdSU und des ZK der KPU (KP der Ukraine) entfernt und vernichtet wurden, da sie Chruschtschow kompromittierten.



Prof. Vladimir P. Naumov, Prof. Lev Besymenski, ein Übersetzer, Dr. Eitan Finkelstein (v.l.n.r.)  
Foto: Samson Madievski

Was nun die Beschlüsse auf höchster Ebene hinsichtlich der Umsiedlung der Juden betrifft, so war der Vorgang einfach noch nicht so weit fortgeschritten. Naumov erwähnt einen Umstand, dessen Bedeutung man nicht hoch genug einschätzen kann. Es zeigte sich, daß die Deportation einer Reihe von Völkern des Nordkaukasus post factum durch Verordnungen des Staatskomitees der Verteidigung (KGO) gesetzlich verankert wurde, als die Aussiedlung hunderttausender Menschen bereits stattgefunden hatte und alle diejenigen, die nicht deportiert werden konnten, an Ort und Stelle vernichtet worden waren. Die Beauftragten des GKO *Sergei Kruglov*, *Bogdan Kobulov* und *Arkadii Apollonov*, die die Operation leiteten, handelten auf der Basis mündlicher Anordnungen.

Naumov hält es auch für erwiesen, daß die Regierung Listen von Personen besaß, die für die Deportation aus Moskau vorgesehen waren. Sie waren auf Anweisung der Stadt- und Gebietskomitees der Partei unter der Kontrolle der Organe des Staatssicherheitsministeriums zusammengestellt worden. Zur Frage der Unterbringungsorte lenkte Naumov die Aufmerksamkeit auf den im Januar 1953 gefaßten Beschluß des Politbüros über die Errichtung eines hundertfünfzig- bis zweihunderttausend Personen fassenden Lagers für „besonders gefährliche ausländische Verbrecher“. Da es damals in den sowjetischen Lagern und Gefängnissen deutlich weniger Personen dieser Kategorie gab, erhebt sich die Frage: Wer sollte diese neue GULAG-Insel bevölkern? Aber: Das geplante Fassungsvermögen des neuen Lagers entsprach bei weitem nicht der damaligen Anzahl der Juden in der UdSSR. Außerdem wurden die „bestraften Völker“ nicht in Lagern untergebracht, sondern in abgelegene Regionen verschickt.

Das Argument, daß führende Funktionäre nichts von den Deportationsplänen gehört hätten, weist Naumov zurück und erinnert daran, daß Stalin seit dem Ende der dreißiger Jahre immer häufiger wichtige Entscheidungen allein getroffen und dabei nicht einmal diejenigen in Kenntnis gesetzt hat, die für den entsprechenden Bereich unmittelbar verantwortlich waren. Die Ansicht, daß Stalin wegen der Haltung seiner Umgebung keine Handlungsfreiheit in der Frage der Judendeportation besaß, bewertet Naumov als pure Illusion. Die Behauptung, daß es nicht möglich gewesen wäre, die Juden auszusiedeln, weil sie über das ganze Territorium des europäischen Teils der UdSSR verstreut waren, wehrt Naumov mit dem Hinweis auf einen Präzedenzfall ab: Alle Krim-Tataren und Griechen, die außerhalb des Schwarzmeergebiets gelebt hatten, waren dennoch aufgespürt und ihren Stammesgenossen angegliedert worden.

Eine erneute Kontaktaufnahme mit Naumov und Kostyrtchenko zwei Jahre nach dem Symposium erbrachte von Naumov die Information: „Wir haben in den Aussagen Rjumins erwähnt gefunden, daß er 1952 nach Absprache mit Stalin diesem Vorschläge zur Deportation der Juden unterbreitet habe.“ Kostyrtchenko teilte mit: „Die Überprüfung der Dokumente des Moskauer Eisenbahnknotenpunkts für Februar und März 1953 ergab keine ungewöhnliche Häufung rollenden Materials für diesen Zeitraum.“

Das sind bis heute die wesentlichen Argumente und Gegenargumente in diesem sich hinziehenden Disput. Klare und endgültige Antworten bleiben noch weitgehend offen.